

Berlin Brief

von Josip Juratovic, Mitglied des Deutschen Bundestages

Liebe Genossinnen, liebe Genossen,
sehr geehrte Damen und Herren,

die **weltweite Finanzmarktkrise** hat nun auch mit voller Wucht Deutschland erreicht. Es ist deshalb die Aufgabe unseres Staates, regulierend einzugreifen. Und das nicht primär im Interesse der Banken, sondern zum Schutz unserer Bürgerinnen und Bürger. Unser Finanzminister Peer Steinbrück hat entschlossen gehandelt. Wir haben in dieser Woche im Eilverfahren ein bislang einmaliges Maßnahmenpaket beschlossen. Damit wollen wir vor allen Dingen für neues Vertrauen auf den Märkten sorgen. Klar ist für uns Sozialdemokraten, dass die Finanzwelt ein derartiges Engagement nicht zum Nulltarif erhält. Wir wollen durch Kapitalbeteiligungen dafür sorgen, dass Managervergütungen gedeckelt, Boni gestrichen und Dividendenzahlungen beschränkt werden können.

Ich glaube, dass wir dadurch endlich wieder die Chance haben, eine breite gesellschaftliche Diskussion über gute Manager, angemessene Renditen und nachhaltige Unternehmensziele zu führen. Wir Sozialdemokraten sind für diese Diskussion gut aufgestellt.

Am heutigen Freitag haben wir – ebenso in namentlicher Abstimmung – das „**Gesetz zur Weiterentwicklung der Organisationsstrukturen in der gesetzlichen Krankenversicherung**“ beschlossen. Das heutige Gesetz war in unserer Fraktion unstrittig, da es ein weiterer Schritt zur Vollendung der Gesundheitsreform ist, die wir mit dem Koalitionspartner als Kompromiss ausgehandelt haben. Klar ist, dass wir uns damals nicht mit unserer Bürgerversi-



Berlin-Brief, Ausgabe 44
17. Oktober 2008

Berliner Sitzungswoche

Was geschah sonst noch im Plenum?

Infos im Newsletter der SPD-Fraktion:
<http://juratovic.de/static/spdfrak/08KW42.pdf>

Aktuelle Pressemitteilungen

Josip Juratovic an SPD-Strategiepapier beteiligt – SPD fordert beim Bildungsgipfel 200.000 zusätzliche Studienplätze (17.10.2008)

http://juratovic.de/presse_det/283

Gemeinsam gegen Missbrauch bei der Leiharbeit – Josip Juratovic bei der Heilbronner IG BCE (15.10.2008)

http://juratovic.de/presse_det/282

Josip Juratovic begrüßt 50 Gäste aus dem Unterland in Berlin (04.10.2008)

http://juratovic.de/presse_det/284

Meine Termine

SPD-Bundesparteitag

18.10.2008, 11 Uhr, Berlin

Nominierungskonferenz der SPD im Bundestagswahlkreis 267 Heilbronn

21.10.2008, 19 Uhr, Bad Friedrichshall, Seetalhalle

Josip Juratovic MdB

Abgeordnetenbüro

Platz der Republik 1
11011 Berlin

Tel. 030-227-70107

josip.juratovic@bundestag.de

Bürgerbüro

Untere Neckarstr. 50
74072 Heilbronn

Tel. 07131-783616

josip.juratovic@wk.bundestag.de

Im Internet:

www.juratovic.de

Berlin-Brief regelmäßig per E-Mail bekommen? Einfach Bürgerbüro kontaktieren!



cherung voll durchsetzen konnten. Aber eine Reform war notwendig, und der erzielte Kompromiss bietet uns die Chance, bei einem Wahlsieg die Bürgerversicherung umzusetzen.

Am Donnerstag stand die Weiterführung des **Einsatzes der Bundeswehr in Afghanistan** zur Entscheidung. Entscheidungen über Auslandseinsätze unserer Soldaten sind für alle Bundestagsabgeordneten – ganz gleich wie sie ihre Entscheidung treffen – nicht einfach. Bei einer Zustimmung fühle ich mich mitschuldig für jeden einzelnen deutschen Soldaten, der zu uns im Sarg zurückkehrt. Bei einer Ablehnung trage ich eine Mitschuld an den vielen Tausenden Toten, die zu erwarten sind, wenn wir das Land in der jetzigen Situation sich selbst überlassen.

Ich habe der Verlängerung des ISAF-Mandats zugestimmt. Ich bin nicht in der Lage, die Verantwortung dafür zu übernehmen, dass Afghanistan jetzt im Chaos versinkt. Ein sofortiger Rückzug der Bundeswehr würde bedeuten, dass Bürgerkrieg und Massaker in Kundus wieder auf der Tagesordnung stehen. Wir wollen, dass die Menschen in Afghanistan die Zukunft ihres Landes möglichst schnell wieder in die eigenen Hände nehmen können und selbst für die Sicherheit in ihrem Land sorgen. Deswegen wird die Ausbildung von afghanischen Soldaten und Polizisten verstärkt und die Ausgaben für den Wiederaufbau werden auf 170 Millionen Euro erhöht. Dies ist trotz knapper Kassen aus sicherheitspolitischer Sicht der richtige Schritt. Je entschiedener wir heute handeln, desto schneller können wir auch wieder das Land verlassen. Wir sind uns in der Fraktion darüber ziemlich einig, es haben weitaus weniger Kolleginnen und Kollegen als bei der letzten Afghanistan-Abstimmung gegen die Fraktionslinie gestimmt.

Im Ausschuss für Arbeit und Soziales stand diese Woche die Überarbeitung der EU-Richtlinie zu den **Europäischen Betriebsräten** auf der Tagesordnung, wofür ich Berichterstatter bin. Nach dem Vorschlag der EU-Kommission soll die Zahl der Betriebsräte in europaweit agierenden Unternehmen erhöht werden. Allerdings bleibt der Vorschlag der EU-Kommission hinter den Erwartungen zurück: Es fehlen vor allem Sanktionsregelungen bei Verstößen gegen die Unterrichts- und Beratungspflichten, damit sich Fälle wie bei Nokia in Bochum nicht wiederholen. Im Dezember werden die EU-Arbeitsminister abschließend über die Richtlinie beraten.

Morgen werden wir in Berlin auf dem Sonderparteitag Franz Müntefering zum Vorsitzenden der SPD wählen. Ich wünsche dem Parteitag einen guten Verlauf.

Mit freundlichen Grüßen